

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß 75 Pf. = 17½ Sgr.
wird an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Gid.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: F. A. Schütz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Antikriegs.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht:
Dem ordentl. Professor an der Universität und Dirigenten der
Universitäts-Bibliothek zu Greifswald, Dr. Girsch, den Rothen
Adler-Orden 3. Kl. mit der Schleife, und dem Fortmeister Ditt-
mar zu Gersfeld, sowie dem Regierungs-Baumeister Hindelbeyn
zu Berlin den Rothen Adler-Orden 4. Kl., ferner dem Leibarzt
des Fürsten von Hohenzollern, Hofrath Dr. med. A. Koch in
Sigmaringen, den Charakter als Geheimer Sanitätsrath zu verleihen.

Landtagsverhandlungen.

OPC. Berlin, 7. Februar. Das Abgeordnetenhaus
erachtete heute zunächst eine Reihe von Petitionen zur Be-
rathung im Plenum nicht für geeignet und trat dann in die 3.
Berathung der Oberösterreich. Nothstandsvorlagen ein.
— Der Abg. Dr. v. Schupowsky verwahrte die Oberösterreich.
gegen den Vorwurf einer staatsgefährlichen großpolnischen Agita-
tion; daß dieselben für Wahrung ihrer Muttersprache eintreten,
könne man ihnen nicht verübeln, die Regierung trage selbst die
Hauptschuld an der Beunruhigung jener Landestheile, da der
Kulturkampf nicht allein geistige, sondern auch materielle Schäden
verursacht habe, wie z. B. die in Folge Vertreibung der Schul-
meister fast untrüglich gewordene Steigerung der Schulkosten.
Die Vorlage aber beweise, daß in mancher Hinsicht bei der Reg.
das Wohlwollen für die Oberösterreich. gegen früher gewachsen sei,
und er hoffe, daß sie segensreich wirken werde. — Abg. Dr.
Sölger hielt die Pflege der deutschen Sprache für das Wohl
der Bevölkerung für notwendig, nahm seinen Ausdruck, die
oberösterreich. Geistlichkeit treibe socialdemokratische Agitation, in soweit
zurück, als er den Modus der Agitation für geeignet anjah,
diesem Verdacht zu erwidern, und meinte, nur die Wiederherstellung
des Friedens könne die Gesetzgebung zu einer wirksamen machen,
dieser Frieden müsse aber von beiden Seiten gesucht werden. —
Abg. Kantat erwiderte dem Vorredner, daß vor allen pädago-
gische Maßnahmen die gegenwärtige Handhabung der deutschen
Sprache in polnischen Schulen verwerflich erscheinen ließen,
nämlich Abg. Dr. Franz demselben bemerkte, daß der Friede
nicht von Seiten des Volkes, sondern von anderer Seite gebrochen
worden, und daß die Agitation namentlich bei Wahlen durchaus
berechtigt sei, wenn man bedenke, in wie schänder Weise von
anderer Seite die Freiheit der Wahl illusorisch gemacht und agitiert
werde. — Bei der Specialdebatte sprach Abg. Dr. Franz den
Minister nochmals um Erklärung, ob in Anbetracht der uner-
schwinglichen Schulkosten der oberösterreich. Gemeinden die Zuschüsse
aus Staatsmitteln im nächsten Etat vermindert werden sollten, erhielt
aber keine Antwort. — Abg. Frhr. von Huene verwahrte in

einer ausführlichen Darlegung die oberösterreich. Großgrundbesitzer
gegen den i. v. J. vom Abg. Dr. Birchow und neuerlich vom
Abg. Büchtemann erhobenen Vorwurf, daß sie bei der Anlage
der Bahnen die Lasten von sich auf die kleinen Besitzer abzuwälzen
suchten, und daß speciell die Bahn von Oppeln nach Reisse nur
im Interesse der Großgrundbesitzer angelegt werden solle. Es sei
das eine jeglicher Grundlage entbehrende beleidigende Insinuation.
— Abg. Dr. Birchow erklärte, von Anfang an ein Gegner
jener Bahn gewesen zu sein, weil er ihren wirtschaftlichen Werth
nicht anerkennen könne und sie nicht durch die eigentlichen Noth-
standsgegenstände gehe. Sie gehe wesentlich durch große Forsten
der Großgrundbesitzer, er halte es aber gar nicht für unethisch,
wenn diese bessere Communication wünschten, nur habe die Bahn
nichts mit dem Nothstand zu thun, einen Vorwurf habe er nicht
ausprechen wollen. — Abg. Frhr. v. Huene hätte gewünscht,
daß die Herren Birchow oder Büchtemann, nachdem sie die Groß-
grundbesitzer beleidigt, ihr Bedauern darüber ausgesprochen hätten,
worauf Abg. Dr. Birchow auch dieses aussprach. — Die Noth-
standsvorlage wurde sodann angenommen, desgl. die Vorlage über
die Nothstandsbahnen, nachdem Abg. Dr. Birchow die-
selben zum Theil als gar nicht durch Nothstandsverhältnisse fahrend
und wirtschaftlichen Nutzen nicht bringend bekämpft, Minister
Maybach dieselben verteidigt hatte. — Der Gesetzentwurf,
betreffend Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und
Unterdrückung von Viehseuchen wurde in 3. Berathung ohne
erhebliche Abänderung angenommen, nachdem Landwirtschafts-
minister Dr. Lucius auf Anregung der Abgg. Dr. Mehr und
Sombart erklärt hatte, daß schnelle Tödtung rothstarker Thiere
nötig sei, daß die Seuchen nicht mehr um sich griffen, sondern
nur mehr bekämpft würden, seit eine Entschädigung gewährt werde,
und daß eine gesetzliche Regelung des Abwehrereignisses sich ver-
schiedener Schwierigkeiten halber nicht so rasch bewerkstelligen ließe.
— Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für
1879/80 gingen sodann an die Rechnungscommission und das
Gesetz über das Fideikommissvermögen des ehemaligen Kur-
fürstlichen Hauses passierte ohne Debatte die erste Lesung. — Es
folgte die Berathung des Gesetzes, betreffend Abänderung der
Bestimmungen der Kreisordnung in den alten Provinzen. —
Ein Antrag des Abg. Born, wonach schon die Städte mit 20 000
Einwohnern — statt 25 000 — einen eigenen Stadtrat bilden
können, und ein anderer Antrag desselben Abg., wonach
in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern die Polizeiverwaltung
dem Landrathe nicht zustehe soll, wurden nach längerer Debatte
im Wege des Himmelsstürzens mit 158 gegen 141 abgelehnt.
— Hierauf verlas sich das Haus auf morgen 11 Uhr zur Fort-
setzung der heutigen Berathung. — Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 8. Febr. Ein unparteiisches und ehrliches
Wort aus liberalem Lager über die gelegentlich der
Berathung des Windthorst'schen Antrages gepflogenen
Debatten ist doppelt dankenswerth. Ein solches findet

sich in der liberalen „Schlef. Z.“; dieselbe ist der Mei-
nung, daß auch Herr v. Bennigsen den kirchlichen
Frieden ernstlich wolle (?), erklärt aber, daß er durch
seine Rede vom 27. Januar der Erfüllung des von allen
Patrioten gehegten Wunsches nach Frieden keineswegs
förderlich gewesen sei. Wer den Frieden ernstlich wolle,
müsse den Streit auf das engste Gebiet begrenzen, nicht
aber die Gegensätze erweitern und vertiefen. Letzteres
habe aber Herr v. Bennigsen gethan, indem er behauptete,
die Wurzel des Kampfes zwischen Kirche und Staat liege
in der erbitterten Feindschaft, welche in Rom herrsche
und geherrscht habe über die Errichtung eines evange-
lischen Kaiserthums in Deutschland. Die „Schl.
Ztg.“ begrüßt es mit Genugthuung, daß aus den Reihen
des Centrums gegen diese Worte energisch protestirt
worden ist, und legt sodann das Weitere dar, daß
Preußen ein paritätischer Staat ist und nur als
solcher den Anspruch erheben konnte, die Reichskrone mit
der Krone seiner Könige zu vereinen. Es sei höchst be-
dauerlich, daß, während man in den Reihen des Cen-
trums die Antithese von Katholik und Protestant nicht
gelten lasse, der hervorragendste Führer derjenigen Partei,
welche, allen anderen voran, den nationalen und liberalen
Gedanken in sich vereinigen wolle, diesen Gegensatz ten-
denziös hervorhebe. Für den Katholiken sei der Papst
nur unfehlbar, wenn er in Sachen des Glaubens und
der Sitten ex cathedra entscheide, in allen anderen Dingen
aber ein sündhafter Mensch wie jeder Andere; er sei aber
als Oberhaupt der Kirche den Katholiken ehrwürdig, und
daraus sei es nicht wohlgethan, durch Behandlung von
Dingen, die das katholische Gefühl zu verlegen geeignet
seien, den Streit zu verbittern: der Unterschied von Ka-
tholik und Protestant werde dadurch nur in einer für
unser nationales Wesen und für unseren Frieden gefähr-
lichen Weise zu schroffem Gegensatz verschärft.
— Der Antrag des Abg. Dr. Windthorst, be-
treffend die Aufhebung des Sperrgesetzes, wird erst
am Mittwoch nächster Woche zur Berathung kommen.
— Hinsichtlich der Rekrutierung der Armee für
1881/82 ist das Nachstehende Allergnädigst bestimmt
worden:

I. Entlassung der Reservisten. 1. Die Entlassung der zur
Reserve zu beurlaubenden Mannschaften hat bei denjenigen Trup-
pen, welche an den Herbstübungen theilnehmen, am ersten oder
zweiten Tage nach Beendigung derselben, bzw. nach dem Wieder-
eintreffen in den Garnisonen stattzufinden. 2. Für das Pom-
merische Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 und das Schleswig'sche
Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 9 ist der 31. August, für alle
übrigen Truppentheile der 30. September der späteste Entlassungs-

Ein Vermächtniß.

Original-Novelle von E. Knackfuss.

(Fortsetzung.)

50) Graf Mooren war erschüttert — die Gräfin sagte nicht, meinte
nicht, rang nicht die Hände — erstarrt, lauslos sah sie Tag und
Nacht bei den leeren Betten ihrer Kinder. Man fürchtete an-
fangs für ihren Verstand, dann für ihr Leben; — und doch
ging der Zustand vorüber — die heftigsten Schmerzensausbrüche
folgten der Erstarrung — auch sie gingen vorüber; aber die
Gräfin blieb eine gebrochene Frau mit zerissenem Herzen, mit
gefolgertem Gewissen, der Gedanke an den Tod ihrer Kinder war
immer vermischt mit dem Gedanken an das Todesbett ihres ersten
Mannes und des ihm geleisteten Schwures.
Die Jählichkeit für Judith vereinigte sich mit der grenzen-
losen Dual, immer ein gekränktes Nachschmerz in ihren bleichen
Zügen, in ihrer müden Gestalt zu erblicken. So von innerer
Aufregung gepeinigt, brachte die Erinnerung an das Kreuzzeichen
der Mutter auf ihrer Kinderstube eine Sehnsucht nach dem Glücke
jener Tage der Unschuld, der Kindesliebe zu Gott in ihr Herz,
die sie zu dem alten Ordensmanne trieb, um durch seine Hilfe
wieder auf den rechten Weg zu gelangen, der sie zurück in das
Vaterhaus, an das Vaterherd, des lieben Gottes führe. Der prie-
sterliche Greis half ihr finden, die verlorne Tochter lehrte zurück,
der gute Hirt nahm das verirrete Schäflein auf seine Schultern.
Gräfin Mooren sagte ganz bestimmte Vorsätze und vor Allem
suchte sie den Aufenthalt der ersten Frau Arton zu erfahren;
immer blieb ihre Mühe vergebens, auch jener Priester forschte
auf ihre Witten nach Frau Arton, doch auch er konnte nichts von
ihre erfahren; Judith, ihre von Lingenfeld gefund und blühend
zurückgekehrte Tochter war es, die der Mutter Nachricht von denen
brachte, die sie so ernstlich suchte.
„Welch ein Walten der Vorsehung!“ sprach die Gräfin bei
sich selbst und schrieb so gleich an jenen alten Priester; — dann
reichte sie wieder in das einsame Heilbad und suchte jenen selbst
auf, sprach von Neuem eingehend mit ihm und ersuchte ihn in-
ständig, an Professor Arton zu schreiben. Dies geschah und die
Antwort erwiderte in ihrer gütigen, liebevollen Art ein solches
Vertrauen im Herzen der Gräfin, daß sie beschloß, auf der Rück-
reise den kleinen Umweg zu machen und ihn aufzusuchen. Auch dies
geschah, sie legte ihm ein aufrichtiges Bekenntniß ihrer Schuld

ab, sprach ihm ihre tiefe Reue aus und bat ihn, auch noch ver-
später, den ihm zukommenden Theil des Vermögens seines Vaters
verzeihend von ihr anzunehmen. Professor Arton beruhigte sie,
sagte ihr die liebevollsten Trostworte; — was jedoch die Annahme
der Hälfte des Vermögens betraf, so behielt er sich vor, zuerst mit
seiner Mutter zu sprechen, ehe er seine Meinung darüber sagen
könne und wolle.
Jetzt war nun die Gräfin bei Frau Arton, und diese machte
ihm den Vorschlag, die ihr und ihrem Sohne zugedachte Summe
zu einem guten Werke, etwa zu der Stiftung für junge Stud-
irende, die sich dem geistlichen Stande widmen möchten, zu verwen-
den, da durch die Aufhebung des Jesuitenordens dies für gar
manche Orte eine Art Bedürfnis sei, weil die weltlichen Lehr-
anstalten nur gar zu oft der Religion gefährliche Elemente in sich
trügen. Es sei dies der innigste Wunsch ihres Sohnes, ja er hege
eine weltliche Begeisterung für den Plan. Für sich selbst verzichte
er auf das Vermögen, wie auch sie dies thue; nur im Interesse
dieses wirklich guten, durchaus zeitgemäßen Werkes nehme er das-
selbe an.
Gräfin Mooren fühlte sich überglücklich, zu einem solchen Werke
die Hand bieten zu können und bat Frau Arton, doch den Pro-
fessor für einige Tage einzuladen, damit sie alles mit ihm be-
sprechen könne, es stehe gar kein Hindernis entgegen, da ihr Mann
sich nie um die Verwaltung ihres Vermögens gekümmert und mit
ebenso viel Stolz als Vertrauen ihr die Vererbung der Einkünfte
vollkommen überlassen habe.
Der Professor kam, man sprach, überlegte mit ihm und ord-
nete Alles aus Vorse. Hand in Hand mit Frau Arton und ihrem
Sohne handelte Gräfin Mooren, und die Sache wurde in einer
Weise angegriffen und ausgeführt, die ihr Innerstes wahrhaft
beglückte, da es ihr vergönnt war, an dem großartigen, guten
Werke Theil zu nehmen. Wieder war es die Ausübung wahrhaft
christlicher Gesinnung, welche nicht nur Recht in die Irrenung,
sondern wirkliches Glück, wirklichen Segen in ein bis da-
hin unruhiges, zerstücktes Leben brachte. Jetzt erst lernte die Grä-
fin verstehen, was das Menschenherz schon hienieden befriedigt, ja
befriedigt.
Diese Verhandlungen mit Professor Arton und seiner Mutter
während des Aufenthaltes in Lingenfeld verhinderten jedoch die
Gräfin nicht, sich auch mit ihrem Liebblinge, dem Geheimrath Lin-
genfeld über dessen Glück zu freuen und Frau Elisabeth tief in
ihre Herz zu schließen. Die Geheimrätin war so schön, so lebens-
würdig, so verständig und pflichttreu, die Johannesfunken in ihrer

Seele leuchteten so herrlich — sie war eine viel bessere Frau für
Lingenfeld, als Judith mit all ihren großartigen Anlagen es hätte
sein können; darüber war sich die Gräfin jetzt ganz klar, denn ihre
Augen betrachteten die Dinge vom christlichen Standpunkt, nicht von
dem der Egoismus und Eigenliebe.
Jahre gingen dahin, in Frankreich toote sich die Revolution
aus. Nachdem man den lieben Gott abgeschafft, dessen Dasein
sich nicht mit den neuen Ideen vertrug, denn man konnte eben so
wenig einen König Himmels und der Erde als Könige für Volk
und Staaten ertragen, und als man das Fest des Atheismus und
den Cultus der Vernunft in schändester, empfindlicher Weise eine
Zeitlang gefeiert hatte, fand Robespierre es für gut, ein höchstes
Wesen wieder einzuführen und anzuerkennen. Auf seinen Antrag
faßte der Convent den Beschluß:
„Das französische Volk anerkennt ein höchstes Wesen und die
seiner würdige Art der Verehrung besteht in Ausübung menschlicher
Pflichten.“
Damit war das frühere Decret: „Es gibt keinen Gott,“ und
der schamlose Greuelcult der Götter aufgehoben. Einige Zeit später
decretirte der Convent die Unsterblichkeit der Seele ebenfalls auf
Robespierres Antrag. „Wird etwa“ — sagte er — „dem Men-
schen die Vorstellung von seinem Nichts reinere und erhabendere
Gefühle einflößen als die von seiner Unsterblichkeit? Wird sie ihm
eine größere Achtung für Seinesgleichen und sich selber, wird sie
ihm eine tiefere Verachtung gegen den Tod und die Wollust bei-
bringen? wird sie ihn hochherziger gegen das Vaterland und fäh-
ner gegen die Tyrannen machen? Ihr, die Ihr einen tugendhaften
Freund beweint, Ihr laßt Euch an den Gedanken, daß sein besseres
Sein dem Tode entging; Ihr, die Ihr am Sarge eines Sohnes,
einer Gattin weint, Ihr fählt Euch getrübt, wenn Euch Jemand
sagt, daß mehr von ihnen übrig blieb als gewöhnliche Asche. Ihr
Unglücklichen, die ein Mörderbold zu Boden streckt, Euer letzter
Seufzer ist ein Appell an die ewige Gerechtigkeit. Und die Un-
schuld auf dem Scaffot — wie kann sie den Tyrannen auf
seinem Triumphwagen erblicken machen, wenn das Grab die Re-
chnung zwischen dem Unterdrücker und Unterdrückten auszugleichen
vermag?“
So sprach der Mann, der an der Spitze der Schreckensherr-
schaft stand. Waren es Reflexionen, die sich ihm unwillkürlich
seiner Opfern gegenüber aufdrängten? oder waren es Erfahrungen,
die ihm solche Wahrheitsstrahlen einflößten? Oder wollte er die
Massen damit fesseln, er, der in den Abgrund geschaut, zu welchem

erwachsen, geftern gewor-
 feneung die-
 richtig!) und die G-
 Moment le-
 Weile gela-
 euch herrlich
 nachweisen
 ist. (Heiter
 die Fürsten,
 zum Troste
 Grörterunge-
 wahr!), be-
 werden diese
 Wir haben
 vollsten Erb-
 Zeit hinein-
 wesen sind,
 Wenigstens
 faßungsurtheil
 Kunde ist
 Landes als
 hingestellt,
 Sie haben
 nicht durch
 graphen aus
 an festem
 positiven B-
 punct nehme
 habe, gibt
 artige Tent-
 hat. Auf
 uns freilich
 sich von der
 führen lassen
 genügen, u-
 zu widerleg-
 seiner Rede
 entstanden
 gangen.
 Oesterreich.
 Ministerii
 rium die d-
 nisterien h-
 Stubles an
 System be-
 begonnen u-
 Clemente.
 man in R-
 radicale M-
 reich es un-
 mit Füßen
 Anderes ge-
 reich betref-
 worden.
 reichs gebr-
 so viel G-
 die Regieru-
 Frieden aus
 uns gesche-
 wie sie H-
 kommen m-
 Widerspru-
 halten wer-
 werden mit
 cordaten be-
 tracht. W-
 auf diese
 sind das
 an sich nur
 liebt es si-
 gemacht w-
 einfurt ni-
 nicht fern-
 Abg. von
 der Papst
 canonischen
 — beweist
 tragénatur
 Concordate
 vom b. S-
 wünsch-
 Centrum.)
 liche Them-
 Abg.
 ich habe n-
 Bändnisse
 Anerbieten
 dringenden
 uns unno-
 als es bi-
 zu geben,
 Ueberzeugu-
 die uns an-
 mente über
 Partei in
 nügen ent-
 wirtungen
 ihre Ueber-
 such zu,
 das betref-
 wägungen
 Annahme
 Centrum.)
 in der an-
 Energie er-
 in dem n-
 selben ver-
 trage ihre
 (Sehr wahr-
 genossen

er der b. Vater
gen zu machen,
se veranlaßt und
wie der Cul-
turationen aber,
erkennens gerichtet
in seiner Weise
dare, würden sich
jüngung so lange
an einft die Ge-
welche zwischen
find, wird man
in Geiste dictiert
geprochen hat.
ihm nur dar-
für das deutsche
ausgesprochen.
e Bewunderung
ennighen hat auch
auführen können,
urie gegen das
sprechen dürfte,
ngen, die er in
önnen, wie weit
ische Gesinnungen
ennighen hat
at, sondern hat,
dass diese Feind-
Dinge ergebe.
n auch noch an
— Ich muß
von der Ansicht
überzeugung es
eichenden kirch-
ich muß nach
er auf diesem
heute gefagt hat,
Stuhl und wir
dass die prote-
e sei, wir bal-
in dem Falle,
lungen für rich-
; es wäre das
es würde das
ausgehen sollten.
dem deutlichen
dann bleibt uns
vor allen Dingen
er Nächstenliebe,
auf dem Boden
ft aber Alle, die
achen gegen den
inzuführen droht.
er verehrte Herr
Regenten
Königstittel an-
äpftlichen Stab-
idlichen Hand-
n der sie vor-
sich entwickelten,
ligen Kaiser um
mischen Kaiser-
römischer Kaiser
mighen nicht zu
Kaiser sprach.
— handelte, han-
sler die Ordnung
zu erhalten.
s Brandenburg
nen sie für sich.
Auffassung des
Rechtsordnung
en; und wenn
niemand wundert
wenn jenes Gut
entzogen wird.
die Herr v.
zu demjenigen,
mischen Stab-
gewandelt durch
t, je nach den
Staaten ändert
Zeit, in welcher

Sittenlehre und
rde. Wenn in
iden und welt-
einmüthigen, so
ndert, sondern weil
rächlichem Gebiet
sicheramt in
berlie. (Sehr
aus müssen Sie
nn aber erseig-
g. v. Bennigsen
ich darauf hin-
ymten Allocation
Stabes zu der
at der Abg. v.
e Anschauungen
römisch-katbo-
der Weise leiste.
Ich befinde. Ich
bn vom Gegen-
et der römischen
en. Die Herren
zwischen England
Kirche unendlich
Stellung einzu-
gegen die welt-
and in Folge der
nderten Zustände

erwachen, die zum Himmel schreien; darum habe ich Sie schon
gestern gewarnt: Hüten Sie sich, daß Sie nicht durch die Fort-
setzung dieser Politik Ähnliches in Deutschland schaffen. (Sehr
richtig!) Die Ordnung in Irland scheint der Auflösung nahe,
und die Gemüther sind auf das Äußerste erregt. In diesem
Moment kommt der b. Vater und hat in einer unzweideutigen
Weise gesagt: Ihr seid Gehorsam schuldig der Obrigkeit, die über
euch herrscht; und ich glaube nicht, daß Herr v. Bennigsen mir
nachweisen kann, daß die Königin Victoria katholisch geworden
ist. (Heiterkeit.) Das über den Gehorsam der Katholiken gegen
die Fürsten, welche anderen Glaubens sind. Nun aber muß ich
zum Troste für meine Glaubensgenossen, die natürlich durch diese
Grösterungen in eine schwere Mißstimmung verfallen müssen (Sehr
wahr!), bemerken, daß sie ruhig sein dürfen. An höchster Stelle
werden diese Anschauungen des Herrn v. Bennigsen nicht getheilt.
Wir haben darüber zur Zeit der Krönung in Königsberg die kult-
vollsten Eröffnungen gehört und auch später und bis in die neueste
Zeit hinein. Wie wenig die Fürsten dieses Landes geneigt ge-
wesen sind, auf den Standpunkt sich zu stellen, den der Abg. v.
Bennigsen einnehmen zu müssen glaubt hat, beweist die Ver-
fassungsurkunde, auf der wir stehen. In dieser Verfassungsur-
kunde ist die römisch-katholische Kirche von dem Fürsten dieses
Landes als vollkommen gleichberechtigt mit der evangelischen Kirche
hingestellt, und sie ist in diesen in ihren Rechten geschützt worden.
Sie haben freilich durch Ihr Betreiben — durch Ihr Betreiben,
nicht durch das Betreiben der Krone — einige wertvolle Para-
graphen aus dieser Verfassung gestrichen. Aber es ist doch noch
an festem Fundament genug darin enthalten, um auch auf dem
positiven Buchstaben dieser Verfassung unsern festen Rechtsstand-
punkt nehmen zu können. Der Artikel 12, den ich schon gestern citirt
habe, gibt uns immer noch vollen Schutz und Schirm gegen ver-
artige Tendenzen, wie sie der Abg. v. Bennigsen geltend gemacht
hat. Auf diesen Rechtsboden wollen wir uns verlassen, da wir
uns freilich auf die Herren nicht mehr verlassen können, welche
sich von dem Herrn v. Bennigsen anführen lassen (Heiterkeit.) oder
führen lassen. Ich glaube, diese Bemerkungen werden einstweilen
genügen, um diese Seite des Vorgehens des Abg. v. Bennigsen
zu widerlegen. — Ich komme nun auf einige andere Punkte
seiner Rede. Er hat gesagt, der Zwist in anderen Staaten, der
entstanden sei, sei auch immer von der römischen Curie ausge-
gangen. Er beruft sich auf Belgien, auf Frankreich und auf
Österreich. Was Belgien betrifft, so waren bis zum Abgang des
Ministerii Malou und auch unter dem früheren, liberalen Mini-
sterium die dortigen Verhältnisse im vollsten Frieden, und alle Mi-
nisterien haben die wohlthätige verständliche Einwirkung des b.
Stuhles anerkannt. Erst die jetzige Regierung hat ein anderes
System begonnen und wahrscheinlich, ebenso wie in Frankreich,
begonnen unter der Ermutigung der deutschen „culturlämpferischen“
Elemente. Nun sollte es doch nicht Verwunderung erregen, wenn
man in Rom sich zur Abwehr sehr in dem Moment, wo eine
radicale Regierung in Belgien und eine republikanische in Frank-
reich es unternehmen, die heiligsten Rechte der Katholiken einseitig
mit Füßen zu treten. Da hat in der That der b. Stuhl nichts
Anderes gethan, als seine absolute Schuldigkeit. Und was Öste-
reich betrifft, so war von dem Kaiser ein Concordat geschlossen
worden. Dieses Concordat ist von den Liberalen Öste-
reichs gebrochen; dennoch, obwohl das gescheh, hat der b. Stuhl
so viel Geduld gehabt, daß er, als einige Gemäßigtere unter
der Regierung kamen, Alles hat geschwiegen lassen, um nur den
Frieden aufrecht zu erhalten. Ein Gleiches würde auch hier bei
uns geschehen, wenn man nicht von Anschauungen ausgehen wollte,
wie sie Herr v. Bennigsen hegt, der mit Nothwendigkeit dahin
kommen muß, uns zu vernichten. (Sehr wahr!) im Centrum.
Widerpruch links und rechts.) Daß Rom die Concordate nicht
halten werde, daß kein Papst anerkennen werde, daß sie gehalten
werden müssen, ist ein durchaus verkehrter Gedanke. Bei Con-
cordaten kommen ja lediglich die kirchlichen Verhältnisse in Be-
tracht. Wenn nun der Papst in einem Concordate in Beziehung
auf diese kirchlichen Verhältnisse gewisse Concessionen macht, so
sind das offenbar Zugeständnisse innerhalb eines Obiectes, das
an sich nur ihm gehört, Concessionen in seinem Rechte. Da ver-
steht es sich von selbst, daß, wenn der, dem diese Concessionen
gemacht werden, sie mißbraucht und die Bestimmungen der Ueber-
einkunft nicht hält, man kirchlicherseits die gemachten Concessionen
nicht ferner fortbestehen lassen kann. Und dennoch fordere ich den
Abg. v. Bennigsen auf, mir einen Fall nachzuweisen, in welchem
der Papst ein Concordat gebrochen hätte. Der Hauptlehrer des
canonischen Rechts in Rom — ich glaube, er heißt die Angelis
— beweist heute noch, daß allerdings das Concordat eine Ver-
tragsnatur hat. Es ist der Streit über die eigentliche Natur der
Concordate in der That ein leerer Schallfächer. Die Concordate werden
vom b. Stuhle so heilig gehalten, wie Verträge, und es wäre zu
wünschen, daß andere Leute sie auch hielten. (Sehr gut! im
Centrum.) Von dieser Digression komme ich nun auf das eigent-
liche Thema unserer heutigen Verhandlung.

Abg. v. Bennigsen hat zunächst die Behauptung aufgestellt:
ich habe meinerseits gestern den Herren Conservativen wiederholt
Bündnisse angeboten. Nein, keine meiner Worte kann als das
Anerbieten eines Bündnisses angesehen werden. Ich habe den
dringenden Wunsch — und den spreche ich offen aus — daß es
uns unmöglich wäre, in einer viel größeren Anzahl von Dingen,
als es bisher thöricht war, mit den Conservativen pari passu
zu gehen, (Hört! links), aber pari passu nach Maßgabe unserer
Ueberzeugungen und ohne Verletzung irgend eines der Interessen,
die uns anvertraut sind. Andere Bündnisse kenne ich im Parla-
mente überhaupt nicht. Daß die Herren von der conservativen
Partei in dieser Richtung uns, nach meiner Auffassung, nicht ge-
nügen entgegenkommen, habe ich sehr zu beklagen; und die Rück-
wirkungen können auch natürlich nicht ausbleiben. Aber ich habe
ihre Ueberzeugungen zu respectiren, und mir steht nur der Ver-
such zu, die Gründe ihrer Ueberzeugungen zu erschüttern. Was
das betrifft, so muß ich dabei bleiben, daß die beiden ersten Ge-
wägungen ihres Antrages sie mit innerer Nothwendigkeit zur
Annahme meines Antrages führen müßten. (Sehr wahr! im
Centrum.) — Die Herren Abg. v. Hammerstein und Holt haben
in der anerkennendsten Weise mit voller Bestimmtheit und
Energie erklärt, daß und nach welchen Rücksichten sie den Kampf,
in dem wir uns befinden, beklagen, und daß sie das Ende des-
selben verlangen; und diesen Ausführungen — sie haben im Auf-
trage ihrer Partei gesprochen — tritt die ganze Partei bei.
(Sehr wahr!) Das erkenne ich mit meinen sämmtlichen Fractio-
genossen auf das Dankbarste an, und wenn es uns möglich sein

sollte, nach Maßgabe unserer Ueberzeugung Ihnen diesen Dank
auch durch Thatfachen zu erweisen, so wird uns das eine Be-
friedigung sein. Aber ich muß wiederholen, was ich gestern ge-
sagt habe: Praktische Politik sind Resolutionen nicht; und ich
meine, wenn Sie einen so unzweifelhaften Werth darauf legen,
daß die religiösen Bedürfnisse des Volkes befriedigt werden,
dann müßten Sie unter allen Umständen die allererleuchteten
Beschlüsse zugestehen, die allein in meinem Antrage zur Annahme
empfohlen werden. Sie meinen, daß das Verwirrung herbeiführe.
Und zunächst hat Herr Hammerstein, erinnernd an einige ähnliche
Ausführungen des Herrn v. Bennigsen, hervorgehoben, daß ja die
abgelehnten, die staatlich abgelehnten Bischöfe — für uns sind sie
vollkommen amtsberechtigt — wenn der Inhalt meines Antrages
zum Gesetz würde, kraftlos eine b. Messe lesen, die Firmung erteilen
und auch die Priesterweihe ausüben könnten. Sofern in der Ver-
gangenheit irgend etwas liegt, das diese Herren hindert, in Preußen
irgend welche Handlungen vorzunehmen, insofern bleibt diese Ver-
gangenheit durch meinen Antrag vollkommen intact; — liegen in
der Vergangenheit solche Hindernisse nicht, dann freilich würden sie
auch von den Gewährungen meines Antrages Gebrauch machen
können. — Man meint nun, wenn einer jener Bischöfe eine solche
Handlung vornähme, so wäre das eine Verletzung der Majestät
des Staates. Wenn er sie vornähme auf Grund dieses Gesetzes,
so nähme er sie vor auf dem Grunde einer von der Majestät des
Gesetzes festgesetzten Regel; und wie kann es gegen die Würde
einer Gesetzgebung und die Majestät des Gesetzes sein, wenn man
etwas nach ihrer eigenen Erlaubnis thut? Ist es eine Verletzung
der Majestät des Staates, wenn ein Vagabund nachher in sein
volles Rechtsverhältnis zurücktritt? Ich verstehe das nicht.
Uebrigens habe ich die Ueberzeugung, daß von dem, was man
befürchtet, niemals die Rede sein wird. Dieselben Gründe, welche
die Bischöfe veranlaßt haben, draußen zu verweilen, würden
auch nach Annahme und Bestätigung dieses Gesetzes fort-
dauern, und die Bischöfe werden sich die Leitung ihrer Diocesen,
die sie noch heute vollständig führen, ganz gewiß nicht in Gefahr
bringen dadurch, daß sie zur Excommunication irgend einer einzelnen
geistlichen Handlung in ihre Sprengel zurückkehren. Ich habe
diese Bestimmung im Entwurf nur deshalb vorgetragen, damit
die Bischöfe an unseren Grenzen berechtigt seien, diese Hand-
lungen vorzunehmen, damit wir nicht das Schauspiel erleben, daß
unsere Gläubigen in großen Processionen über die Grenzen gehen
nach Österreich, nach Belgien, nach Frankreich, nach Holland, um
dort die Firmung zu holen; damit insbesondere — und das
würde die Regel sein — die noch im Lande befindlichen Bischöfe
bei uns im Stande seien, Firmung zu erteilen, die nun in den
meisten Bischöfthümern seit Jahren nicht erteilt werden können.
Sie, da Sie das Sacrament der Firmung nicht anerkennen,
mögen das ja sehr wenig beklagen; ich nehme Ihnen das nicht
übel. Aber Sie müssen sich bei Beurtheilung der Sache auf
unsern Standpunkt stellen. Unser Standpunkt aber verlangt, daß
man die Firmung gewinne; und wie sehr man derselben theilhaft
zu werden wünscht, beweisen die enormen Kosten, die alle Katho-
liken, welche die erforderlichen Mittel haben, aufwenden, um die
Firmung zu erlangen für sich und die Ihrigen. Das ist also die
Tendenz der betreffenden Bestimmung. Es ist ein unglückseliges
Verhältnis, daß bei jeder Maßregel, auf der allerunmöglichsten,
sogar eine ganze Summe von Hintergedanken vermutet wird.
Wenn Sie immer sagen „Vertrauen Sie der Regierung“, dann
sage ich, vertrauen Sie doch mal auch uns. Dann hat der vere-
ehrte Herr in Sorgfalt für die Interessen der katholischen Kirche
uns vor Annahme unseres Antrages selbst warnen zu sollen ge-
glaubt, denn auf dem Boden dieses Antrages würde Deutschland
ein Missionsland werden. Wenn Sie diesen Antrag ablehnen
und die Maßregelgebung fortsetzen lassen, wenn die Verheerungen
sich also mehren, wie sie sich bisher gemehrt haben, dann wird
allerdings in gegebener Zeit Deutschland jeder geordneten See-
lorge entbehren, wie das in vielen benachbarten Staaten der Fall
ist, und es versteht sich in diesem Fall ganz von selbst, daß
Preußen ein Missionsland wäre. Denn ebenso wie die Apostel,
welche von dem Heiland gesandt wurden, den Völkern die Wahr-
heit zu predigen, nicht erst bei Statthaltern oder Landpflegern
angefragt haben, ob sie es dürften, sondern auf die Gefahr hin,
geköpft oder gekreuzigt zu werden, einfach das Evangelium predig-
ten, so werden es auch ihre Nachfolger thun, und wir werden
dann sehen, ob man in Preußen, nachdem man es bis auf diesen
Punkt gebracht hat, verfährt, wie die Heiden einst verfuhr.
Jetzt aber hat es absolut keine Noth damit; denn es handelt sich
nur darum, in den einzelnen verwaisten und hilflosen Gemeinden
diejenige Hilfe zu schaffen, welche durch § 5 des Zulagegesetzes nicht
geschaffen worden ist. In demselben Gedankengange, wie der § 5,
bewegt sich auch mein Antrag. Er soll dazu dienen, die Zustände
zu verbessern für den hoffentlich nicht zu langen Zwischenraum, an
dessen Ende der Friede steht, der endliche und dauernde. Der
Friede wird aber nicht so kommen, wie Herr v. Bennigsen denkt,
daß man ihn nur nach völliger Erschöpfung dictiren könne; nein,
einen solchen Frieden, wie Herr v. Bennigsen ihn dictiren würde,
werden wir, ich wiederhole das ihm zum dritten Male, nicht
acceptiren, wir werden lieber untergehen. Aber den Frieden er-
warte ich, den eine verständige Regierung wünschen muß, eine
Regierung, von der ich annehmen sollte, daß sie die Zeichen der
Zeit versteht. Wenn sie die Zeichen der Zeit nicht versteht, dann
wird sie allerdings die Folgen zu tragen haben, und die Ver-
antwortung für diese Folgen. Ich wünsche meinerseits diese Folgen
nicht zu erleben. Ich wiederhole Ihnen, mein Antrag ist ge-
stellt, im Interesse des Friedens, um nach allen Seiten hin Or-
dnung zu schaffen für die Zeit, welche nöthig ist, um den definitiven
Frieden herbeizuführen. Schlagen Sie uns das nicht ab. Wir
treten bald in die Zukunft, in die öfterliche Zeit, dann, wo die
Thätigkeit der Geistlichen besonders in Anspruch genommen wird,
und wo der Mangel ganz besonders empfunden wird. Schlagen
Sie angesichts dieser nahe Zeit nicht die Witte ab, die an Sie
gerichtet ist; erlauben Sie uns nach unserem Glauben von den
Priestern unserer Kirche nach Ordnung und Anweisung der Kirche
die Sacramente empfangen zu können und das b. Messopfer
zu feiern. Wir werden bei dieser Feier beten, daß Gott den
Frieden wiederherstelle und das Vaterland schütze. (Bravo im
Centrum.) (Schluß folgt.)

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 8. Febr. In Ergänzung unserer Nachricht über die
Verfügung des Provinzial-Schulcollegiums betreffs der Oster-

ferien bemerkt die Cobl. Bztg., daß für die katholischen Gymnasien
eine Einschränkung getroffen ist. An diesen Anstalten wird die
alte Ferienordnung beibehalten, wenn durch die Neuerungen
Unzuträglichkeiten bezüglich des Erbkommunitanten-Unterricht sich
ergeben.

— Kaufte Jemand einen gekochten Gegenstand von dem
Diebe zu einem Preise, der den üblichen Marktpreis übersteigt, um
diesen dadurch zu veranlassen ihm öfter dergleichen gekochte Wa-
ren zum Kauf anzubieten und so bei den späteren Käufen Vor-
theil zu ziehen, so ist der Käufer nach einem Erkenntnis des
Reichsgerichts, 1. Strafsenats, vom December v. J. als Gelehr-
ter zu bestrafen.

k. Noth, 8. Febr. Nachdem das Schlarlachfieber seit
einigen Wochen hier und in den beiden, zu dem hiesigen Schul-
bezirk gehörigen Ortschaften, Betticum und Dericum nur vereinzelt
auftrat, hat diese bössartige Krankheit seit einigen Tagen eine
größere Dimension angenommen. Die hiesige Knabenschule war
in Folge dessen heute Morgen von nur 13 Schülern, und die
Mädchenschule von nur 6 Schülerinnen besucht. Freilich sind
nicht alle fehlenden Kinder vom Schlarlachfieber betroffen, sondern
manche Eltern halten es unter den obwaltenden Verhältnissen für
rathsam, ihre Kinder nicht zur Schule zu schicken. Daher wird
in hiesigen Kreisen die Frage lebhaft ventilirt, ob es nicht an der
Zeit sei, daß die beiden hiesigen Schulen aus sanitätspolizeilichen
Rücksichten von der königlichen Regierung geschlossen würden. Wir
wollen das pro oder contra einer solchen Maßregel hier nicht er-
örtern, meinen aber, bei einem so schwachen Schulbesuche könnte
süglich aus pädagogischen Gründen der Unterricht ausgesetzt werden.

Greifeld, 8. Febr. In eigener Angelegenheit meldet die
N. Bztg.: Gestern Abend 9 1/2 Uhr wurde in Sachen Noos
gegen den verantwortlichen Redacteur dieser Zeitung, Herrn Otto,
von der Strafkammer zu Düsseldorf das Urtheil publicirt. Dasselbe
erklärte den Angeklagten wegen der öffentlichen Beleidigung des
Oberbürgermeisters Noos in drei Fällen für überführt und verur-
theilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von 1 Monat. Desgleichen
wurde dem Beleidigten das Recht zuerkannt, nach beschrittener
Rechtskraft das Urtheil in der „Greifelder Zeitung“ und der „Nie-
derrheinischen Volkszeitung“ zu veröffentlichen.

Elberfeld, 7. Febr. Gestern Morgen verschied der „Elbf.
Bztg.“ zufolge in Götting, wo er seit einigen Monaten Heilung von
einem schweren Leiden suchte, der weit bekannte Professor Dr.
Karl Plöb, der verdiente Verfasser vieler Lehrbücher, nament-
lich für den französischen Sprachunterricht.

Barmen, 7. Febr. Samstag Abend gegen 6 1/2 Uhr ist
laut der „B. Z.“ eine am oberen Theil der Elberfelderstraße an der
Wupper gelegene Wohnung und Färberei eingestürzt. Die
Gefahr hatte sich durch Krachen der Wände vorher angekündigt,
und so konnten sich die Inassen des Hauses rechtzeitig entfernen.
Nur ein junger Arbeiter, welcher noch einen Haufen Garn retten
wollte, stürzte mit dem Fußboden in die Tiefe und wurde erheb-
lich verletzt. Die Ursache des Einsturzes wird auf das Hochwasser
und den letzten Gießgang der Wupper zurückgeführt, welche das
dem Ansehen nach sehr mangelhafte Fundament des Gebäudes
zum Weichen gebracht haben.

Düren, 4. Febr. Man schreibt der „Trierischen Zeitung“:
„Wohl selten ist eine Stadt Erbin eines so großen Vermögens zu
gemeinnützigen Zwecken geworden, als Düren. Der vor einigen
Jahren verstorbenen Notar Abweiler (aus Neuh.) vermachte
der Stadt Düren sein ganzes Vermögen im Betrage von unge-
fähr 900 000 M., mit der Bedingung, daß die Zinsen dieses
Vermögens ausschließlich zu Gymnasialzwecken verwendet werden
unter Maßgabe folgender Testamentsbestimmungen. Ein Viertel
der Revenuen soll zu Stipendien verwendet, ein Viertel zu Unter-
richtszwecken und zwei Viertel zum Capital geschlagen werden.
Hat das Capital eine im Testament bestimmte Höhe erreicht, dann
kann ein Drittel zu Stipendien, ein Drittel zu Unterrichtszwecken
verwendet werden, während auf ewige Zeiten ein Drittel zum
Capital geschlagen wird. Die Tragweite dieses Testaments, dessen
Bestimmungen schon in Kraft sind, ist eine sehr weite. Berechnet
man die Zinsen des Capitals zu 4 pCt., so ergibt dies eine Ein-
nahme von jährlich 36 000 M.; hiervon werden an die Zöglinge
des Gymnasiums vertheilt 9000 M., 9000 M. werden ange-
sammelt, um ein neues Gebäude zu bauen und sonstige dem
Unterricht dienende Zwecke zu erfüllen, und 18000 M. fließen
zum Capital. Die Stipendien werden von Quinta ab jedem der
Stadt Düren angehörenden Schüler des Gymnasiums ohne Aus-
nahme gewährt und betragen pro Kopf und Jahr momentan 240
M. Hiervon werden 90 M. für Schulgeld einbehalten und 150
M. werden an die Eltern baar ausbezahlt. Durch den Zuwachs
des Capitals wachsen natürlich auch die Portionen für die Sti-
pendien. Werfen wir einen Blick in die Zukunft. Nach fünf-
undzwanzig Jahren beträgt ohne Zinseszinsen das Capital durch
den Zuschlag (von 25 > 18000) 1 450 000 Mark, nach fünfzig
Jahren 1 800 000 Mark, nach hundert Jahren 3 600 000 Mark.
Momentan stellt ein sehr dringendes Bedürfnis für ein Gymna-
sium sich heraus, das Geld muß also so lange anderweitig be-
genommen werden, bis die Zinsen und Zinseszinsen das Bau-
capital deden. Wenn man hier in Düren nicht die Wirkungen
des Testaments verpörrte, man könnte geneigt sein, die Geschichte
für ein Märchen zu halten. Das Motiv des Testaments ist
gewiß ein schönes, der Erblasser, der als Student nicht auf Rosen
gebettet war und mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen ge-
habt haben soll, wollte sein in einer langen Reihe von Jahren
sauer erworbenes Vermögen mangels Nachkommen nicht den lach-
enden Erben hinterlassen, sondern er wollte, daß durch seine Ver-
mittlung alle strebenden jungen Leute der Wissenschaft zugeführt
werden, ohne von den leider oft manches Talent zurückhaltenden
finanziellen Schwierigkeiten gehemmt zu sein.“

Fruchtpreise zu Neuß am 9. Februar.				
Weizen	1. Qual.	21 90	Hafer	14 50
	2. "	20 90	Rüben (Rübel)	—
	3. "	—	Raps 1. Qual.	27 —
Pandroggen	1. Qual.	20 60	2. Qual.	25 50
	2. "	19 60	Kartoffeln	5 50
Winter-Weizen	1. Qual.	—	Heu	10 —
Sommerweizen	1. Qual.	—	Roggenstroh per Schock	—
	2. "	—	a 600 Rilo.	43 —
Preise unverändert.				
Rübel per 100 Rilo in Partien von 100 Ctr.				58 —
Rübel per 100 Rilo schwebend				60 —
Bereinigtes Del per 100 Rilo 3.— M. höher als Rübel.				—
Preßkuchen per 1000 Rilo				147 —
Weizen-Vorschuß 00 per 100 Rilo				81 50
Rüben per 50 Rilo				5 80

